



## Niederschrift zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) vom 07.12.2017

### öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

Durch die stellvertretende Stadtpräsidentin Frau Marina Raulin wurde die Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eröffnet. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter fest. Von den 17 geladenen Stadtvertretern/innen sind 14 anwesend. Somit ist die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschlussfähig.

Die stellvertretende Stadtpräsidentin verwies auf die Tagesordnung und die rechtzeitige Übergabe der Beschlussvorlagen.

Damit bildet die Tagesordnung die Arbeitsgrundlage der Stadtvertretersitzung.

zu 2 Billigung der Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 28.09.2017

Zu der Sitzungsniederschrift vom 28.09.2017 gab es folgende Bemerkung von der Verwaltung:

Seite 9, zu 17,

Es wird im Beschlusstext gestrichen:

**Abberufung und Wahl eines ~~stellvertretenden~~ Ausschussmitgliedes**

Die Sitzungsniederschrift vom 28.09.2017 wurde mit der o.g. Änderung einstimmig bestätigt.

zu 3 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse der Sitzung am 28.09.2017

In der Stadtvertretersitzung vom 28.09.2017 wurden folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst:

- ein Ergänzungsbeschluss zu einem Grundstücksverkauf in Strasburg (Um.)
- ein Grundstücksverkauf in Gehren

zu 4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin Frau Karina Dörk informierte die Stadtvertreter/innen und Gäste über die Arbeit der Verwaltung der Stadt Strasburg (Um.).

zu 5 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen oder Anmerkungen an die Stadtvertreter/innen und die Verwaltung der Stadt Strasburg (Um.).

zu 6 Aufnahme von Verhandlungen zur weiteren möglichen interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden der Stadt Strasburg (Um.)  
Vorlage: 0034-Bgm-2017

Durch Herrn Gerd-Henning Keunecke, CDU-Fraktion, wurde nachgefragt, ob mit den Gemeinden bereits Gespräche geführt wurden.

Frau Dörk berichtete, dass bereits informative Gespräche stattgefunden haben.

Frau Wasserstrahl bemerkte, dass es der ganzen Region zugutekommt. Ziel der Verhandlungen bzw. Gespräche sollte eine Verbesserung der Zusammenarbeit, das Prüfen gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung und möglicher gemeinsamer übergreifender Projekte bis hin zu möglichen Fusionen sein.

Ausgangspunkt der Beschlussvorlage ist das Gemeindeleitbildgesetz. Wir haben in der Auswertung des Gemeindeleitbildgesetzes festgestellt, dass unsere Gemeinde zukunftsfähig ist, unabhängig von den Finanzen, haben wir viele wichtige Punkte im Gemeindeleitbildgesetz erreicht.

Die Bürgermeisterin gab die Information vom Innenministerium, dass es für mögliche Fusionen die geplant sind, mehr Geld geben wird. Es ist ein Auftrag, den wir nicht vordergründig aufnehmen werden. Es ist wichtig, ob die Stadtvertretung der Bürgermeisterin einen entsprechenden Auftrag erteilt.

Durch Herrn Gerd-Henning Keunecke wurde angemerkt, dass wir seit Jahren mit der Stadt Woldegk zusammenarbeiten und uns den Vollstrecker teilen. Durch die Zusammenarbeit kann man gemeinsam sparen, was für beide nützlich ist.

Herr Wolfgang Dietrich, sprach sich für die interkommunale Zusammenarbeit aus, jedoch halte er die Fusionierungsgespräche nicht gut.

Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, Fraktion BB-UER, sehe dies als eine Einladung zur Zusammenarbeit.

Die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter stimmten einstimmig dafür, dass Herrn Hans-Joachim Conrad, 1. stellv. Bürgermeister der Stadt Woldegk, das Wort erteilt wird.

Herr Hans-Joachim Conrad sprach sich für die Zusammenarbeit aber gegen Fusionsbesprechungen aus.

Die Stadtvertreter sprachen sich dafür aus, dass der Beschlusstext geändert werden sollte und das Wort „Fusionierung“ gestrichen wird.

Der Beschlusstext lautet wie folgt:

**Aufnahme von Verhandlungen zur weiteren möglichen interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden der Stadt Strasburg (Um.)**

**Beschluss:**

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mit den Gemeinden Schönhausen, Groß Miltzow, Groß Luckow, Rothemühl und Uckerland Verhandlungen zur weiteren möglichen interkommunalen Zusammenarbeit zu führen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde bestätigt.

Dafür stimmten:	13
Dagegen stimmten:	1
Stimmenenthaltungen:	0

zu 7

### **Beschluss zum Beitritt der Stadt Strasburg (Um.) als Gesellschafter der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH ab 01.01.2018** **Vorlage: 0035-Bgm-2017**

Durch Herrn Christian Vorreyer, CDU-Fraktion, wurde angemerkt, dass die Mitglieder des Finanzausschusses sich darauf geeinigt haben, dass im Vertrag festgeschrieben werden soll, dass

1. jährlich eine Ergebnisübersicht für die Stadt erstellt werden soll,
2. dass eine jährliche Kündigung möglich sein muss und
3. durch die Stadt max. 7.000,- € zu zahlen sind und eine Nachschusspflicht ausgeschlossen ist.

Durch die Bürgermeisterin wurde angemerkt, dass der Vertrag, sobald er vorliegt, den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern vorgelegt wird. Die Kämmereramtssleiterin Frau Kerstin Koch hat derzeit ein Gastrecht in den Gesellschafterversammlungen der FEG. Weiterhin würde Frau Dörk bei einer Mitgliedschaft in der FEG als ständiges Mitglied agieren.

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, gab zu bedenken, dass es am 10.09.2015 ein einheitlichen Beschluss zum Austritt aus der FEG gegeben hat. Weiterhin sollte eine Planstelle für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften in der Stadtverwaltung gebildet werden, nachzulesen im Finanzausschussprotokoll vom November 2015.

Frau Dörk gab zu bedenken, dass sich bei der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH einiges getan hat. Diese Mitgliedschaft für 7.000,-€ im Jahr ist ein sehr gutes Angebot. Im Jahr 2015 musste die Stadt 19.000,-€ für die Mitgliedschaft zahlen und höhere Beiträge für die Folgejahre waren damals im Gespräch.

Herr Thomas Telzerow, SPD-Fraktion, bemerkte, dass wir beim Thema Wirtschaft stehen geblieben sind. Weiterhin bemerkte auch Frau Thea Wasserstrahl, dass das Thema Wirtschaft sehr wichtig ist.

### **Beschluss:**

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt, der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH zum 01.01.2018 mit einem Gesellschaftsanteil von 2 % in einem Anteilswert von 7.000,-€/Jahr beizutreten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde bestätigt.

Dafür stimmten:	13
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	1

zu 8

Sitzungskalender der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2018  
Vorlage: 0036-Bgm-2017

Durch Frau Dörk wurde angemerkt, dass am 27.05.2018 die Landratswahl des Landkreises Vorpommern-Greifswald sowie am 10.06.2018 die eventuelle Stichwahl stattfindet.

Die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter tauschten sich über die Termine aus.

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt, den Sitzungskalender für die Sitzungen der Stadtvertretung und des Hauptausschusses der Stadtvertretung Strasburg (Um.) für das Jahr 2018.

**Termine**

**Hauptausschusssitzungen**

- 1. Februar 2018
- 26. April 2018
- 14. Juni 2018
- 30. August 2018
- 8. November 2018

**Termine**

**Stadtvertretersitzungen**

- 15. März 2018
- 5. Juli 2018
- 27. September 2018
- 6. Dezember 2018

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde bestätigt.

Dafür stimmten:	12
Dagegen stimmten:	1
Stimmenenthaltungen:	1

zu 9

Ausbau der Langen Straße in Strasburg (Um.)  
Abschnitt Fritz-Reuter-Straße bis Letzte Straße  
Vorlage: 0134-Bau-2017

Den Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter wurde eine Kostenzusammenstellung für den geplanten Straßenbau übergeben.

Der Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung plant für das Jahr 2018 die Erneuerung der Schmutz-, Regen- und Trinkwasserleitung in der Langen Straße vom Abschnitt Fritz-Reuter-Straße bis zur Letzten Straße.

Dieser Straßenabschnitt befindet sich noch in einem unsanierten Zustand. Daher wäre es sinnvoll, in einer Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Zweckverband die Straße mit auszubauen.

Die Gesamtkosten betragen ca. 262.038,00 €. Die Anliegerbeiträge betragen derzeit 50 % der beitragsfähigen Kosten, ca. 130.000,-€. Nach Auskunft der GKU müssen die Anlieger keine zusätzlichen Anschlussgebühren zahlen.

Die Neubauten in der Fritz-Reuter-Straße gehören auch dazu, da sie Anlieger sind.

Der Stadtvertreter Herr André Heise, fraktionslos, erkundigt sich, ob die Anlieger über diese Baumaßnahme informiert wurden. Diese Frage wurde verneint.

Der Stadtvertreter Herr Christian Vorreyer, CDU-Fraktion, fragt nach, was jeder einzelne bezahlen muss und ob jeder den gleichen Anteil bezahlen muss.

Frau Gudrun Riedel gab zu bedenken, dass es wichtig ist, zu wissen was die einzelnen Anlieger bezahlen müssen.

Der Stadtvertreter Herr Thomas Telzerow, SPD-Fraktion, schlug vor, eine Anliegerversammlung durchzuführen.

Herr Matthias Huth, CDU-Fraktion, bemerkte, dass ein ständiger Ausbau wichtig ist.

Durch Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, wurde die Frage an Herrn Lutz Zimmermann gestellt, ob die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH Strasburg auch Anliegerbeiträge bezahlen muss.

Herr Zimmermann erläuterte, dass die GKU bereits an ihm herangetreten ist. Die GWG muss die Sanierung der Hausanschlüsse bezahlen sowie zusätzlich noch die Umlage der Straße. Er wird dies nochmal prüfen lassen, da ein Stadtstreifen dazwischen liegt.

Der Stadtvertreter Herr Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., gab zu bedenken, dass es nicht passieren darf, dass Anlieger ihr Haus verkaufen müssen, nur weil sie die Beiträge nicht zahlen können. Weiterhin fragt er nach, wann die Maßnahme beginnen soll.

Die Bürgermeisterin erklärte, dass die GKU die Maßnahme bereits im Frühjahr beginnen wollte. Die Stadt muss dann die Planung im Auftrag geben. Vielleicht ist es möglich, dass man die Maßnahme ein bisschen nach hinten verschieben könnte.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für den Einzelnen, auch für die Neubauten, zu berechnen. Dies soll dann als Entscheidungsgrundlage miteinbezogen werden.

**Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, stellte den Antrag, die Beschlussvorlage zurückzustellen und auf der nächsten Stadtvertretersitzung zu behandeln, damit offene Fragen geklärt werden können.**

#### **Abstimmungsergebnis des Antrages:**

Dafür stimmten:	12
Dagegen stimmten:	1
Stimmenenthaltungen:	1

zu 10

Aufnahme eines Darlehens zum Zwecke der Umschuldung  
Vorlage: 0083-Käm-2017

**Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt, gem. § 52 Abs. 1 KV M-V (Kommunalverfassung M-V), zum 15.02.2018 eine Kreditaufnahme zum Zwecke der Umschuldung in Höhe von 491.760,14 Euro.
2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mindestens 3 Angebote von Banken einzuholen. Dem günstigsten Bieter ist der Zuschlag zu erteilen.
3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den entsprechenden Kreditvertrag abzuschließen.
4. In der nächsten Stadtvertreterversammlung sind die Stadtvertreter/innen über den Vorgang schriftlich (Mitteilungsvorlage) zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde bestätigt.

Dafür stimmten:	14
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 11

Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen und der Bürgermeisterin

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, bemerkte zum Bericht der Bürgermeisterin, dass für den AWO Hort eine gute Übergangslösung gefunden wurde. Sie fragt nach, welche Maßnahmen zu einer endgültigen Lösung getroffen wurden.

Frau Dörk berichtete, dass intensive Gespräche mit der AWO und Herrn Dahlemann stattgefunden haben. Herr Dahlemann hat mitgeteilt, dass über eine interministerielle Arbeitsgruppe beraten wird welche Finanzierung möglich ist. Bis jetzt liegt aber noch kein endgültiges Votum vor, inwieweit eine Förderung möglich ist.

Der Ortsvorsteher Herr Kurt Rabe bemerkte, dass er ein Schreiben an die Stadt gerichtet hat mit Vorschläge zum Gutshaus Gehren. Dieses Schreiben sollte bis zum 30.11.2017 beantwortet werden.

Die Bürgermeisterin bemerkte, dass sie aus gesundheitlichen Gründen es nicht termingerecht einhalten konnte. Herr Rabe wird dazu eine Antwort erhalten.

Der Stadtvertreter Herr Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., schlug vor, eine Einwohnerversammlung durchzuführen unter dem Motto „Bürgerbeteiligung“. Es ist wichtig, dass der Bürger miteinbezogen wird. Er gab zu bedenken, dass die Stadtvertreter auf die Menschen zugehen sollten.

Herr André Heise und Frau Marina Raulin befürworteten den Vorschlag von Herrn Dietrich.

Frau Dörk bemerkte, dass zum Thema Bürgerhaushalt ein Aufruf im Strasburger Anzeiger gestartet wurde inwieweit Interesse bei den Bürgern besteht. Dieser Beitrag soll auch in den nächsten Anzeiger nochmal erscheinen. Bisher gab es nur eine Rückmeldung.

Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, Fraktion BB-UER, bemerkte, dass der Tag der offenen Tür in der Regionalen Schule eine gelungene Veranstaltung war. Es ist wichtig, dass auch die positiven Dinge in der Stadt angesprochen werden. Weiterhin berichtete sie über aktuelle Veranstaltungen.

Herr Thomas Telzerow, SPD-Fraktion, bemerkte, dass er die Vorschläge, die er von den Bürgern erhält, mit in die Stadtvertretersitzung einbezieht. Die Ausschusssitzungen sind öffentlich und die Bürger können gerne an diesen Sitzungen teilnehmen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Die nächste öffentliche/nichtöffentliche Stadtvertretersitzung findet am 15. März 2018 um 17:00 Uhr im Rathaus Strasburg (Um.) statt.

Vorschläge, Hinweise und Änderungen können innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt beim Verfasser geltend gemacht werden.

Strasburg (Um.), den 8. Januar 2018

gez.  
Marina Raulin  
stellvertretende Stadtpräsidentin